

Vor zwei Tagen, am 27. 05. 2011:

Ein Riesenschritt: Europarat übernimmt die Resolution des Umweltausschusses - Wende in der Mobilfunkpolitik gefordert!



Das höchste beschlussfassende Gremium des Europarates, der Ständige Ausschuss,¹ fordert am 27.05.2011 in seinem Beschluss *Die potentiellen Gefahren durch elektrische Felder und ihre Auswirkung auf die Umwelt* eine europaweite Wende in der Mobilfunkpolitik. Er übernahm und verabschiedete damit die Resolution des Umweltausschusses vom 06.05.2011.

In der Presseerklärung (s.Link unten) werden die europäischen Regierungen aufgefordert, alles Erdenkliche zu tun, um die Strahlenbelastung durch elektromagnetische Felder zu reduzieren, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen wegen des Hirntumorrisikos. Den Regierungen werden konkrete Sofortmaßnahmen vorgeschlagen wie z.B. Aufklärungskampagnen für Kinder und Jugendliche, eine Handyerziehung mit dem Ziel, den Gebrauch strikt einzuschränken, ein WLAN-Verbot an Schulen. Gefordert wird auch die Anerkennung der athermischen gesundheitsschädlichen Wirkungen der Mikrowellenstrahlung und die sich daraus ergebende zwingende Senkung der Grenzwerte und eine sofortige Vorsorgepolitik .

Download der deutschen Übersetzung der Resolution und des Reports im „Brennpunkt“ von Diagnose-Funk e.V:

www.diagnose-funk.de

In der Zusammenfassung des Reports, der der Resolution zugrunde liegt, heißt es, dass die Frequenzen, die in der Telekommunikation oder im Mobilfunk angewendet werden, *„mehr oder weniger potenziell schädliche, nicht-thermische biologische Effekte auf Pflanzen, Insekten und Tiere sowie auch auf den menschlichen Körper zu besitzen (scheinen), selbst wenn dieser einer Strahlung ausgesetzt ist, die noch unterhalb der offiziellen Grenzwerte liegt. Man sollte das Vorsorgeprinzip respektieren und die aktuell bestehenden Grenzwerte überarbeiten; wartet man zu lange auf weitergehende wissenschaftliche und klinische Nachweise, könnte das zu sehr hohen gesundheitlichen und wirtschaftlichen Kosten führen, wie es in der Vergangenheit bei Asbest, bleihaltigem Benzin und Tabak der Fall war.“*

Die konkreten Forderungen, die in dem Beschluss des Europarates aufgelistet sind, entsprechen fast in allen Punkten denen der Bürgerinitiativen und der Verbraucherschutzorganisation Diagnose-Funk e.V.

Die deutsche Politik ist jetzt in der Pflicht!

Der Ständige Ausschuss des Europarates besteht aus Mitgliedern aller wichtigen Parteien aus 47 Ländern! Dieser Beschluss ist eine Aufforderung an alle deutschen Parteien, sich auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene mit den Bürgerinitiativen und Diagnose-Funk für die Umsetzung der Vorschläge dieses Beschlusses einzusetzen. Eine besondere Aufforderung ist dies an die GRÜNEN, denn der Europarat hat die Vorschläge des GRÜNEN Abgeordneten Jean Huss, der auch der Berichterstatter war, übernommen.

Mit freundlichen Grüßen Ihre Bürgerinitiative Stuttgart - West, Mitglied bei Diagnose-Funk e.V.

Links zu den englischen und französischen Originaltexten:

Angenommene Resolution:

<http://assembly.coe.int/Mainf.asp?link=/Documents/AdoptedText/ta11/ERES1815.htm>

Report zur Resolution:

<http://assembly.coe.int/Main.asp?link=/Documents/WorkingDocs/Doc11/EDOC12608.htm>

Presseerklärung:

http://assembly.coe.int/ASP/NewsManager/EMB_NewsManagerView.asp?ID=6685&L=2

Auflistung der Sitzungsdokumente

http://assembly.coe.int/ASP/Doc/ATListingSession_E.asp?IDSession=337

¹ Der Ständige Ausschuss der Parlamentarischen Versammlung des Europarates besteht aus dem Präsidium (der Präsident und 20 Vize-Präsidenten, die Vorsitzenden der fünf Fraktionen und die 10 Ausschuss-Vorsitzenden) sowie den Leitern der nationalen Delegationen. Der Ausschuss tagt drei Mal im Jahr. Er handelt im Namen der Versammlung, wenn diese nicht tagt.